

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Bezugspreis vierteljährlich 1,50 Mark.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste.

Für den Inhalt verantwortlich: Joh. Scherm.
Schriftleitung und Versandstelle: Stuttgart, Rüdesstraße 16 b II.
Herausgeber: Dr. 8800.

Anzeigengebühr für die sechsgesparte Kolonne: 1 Mark.
Arbeitsvermittlung 1 Mark, andere Anzeigen 2 Mark.
Geschäftsanzeigen finden keine Aufnahme.

Die Angst vor Stockholm

Die Vorbereitungen zur Stockholmer Konferenz waren von den Segenwünschen der leidenden Menschheit begleitet. Noch nie hat sie einer Zusammenkunft allgemeiner und inbegriffener vollen Erfolg gewünscht. Ihre Geduld war von Anfang an auf eine harte Probe gestellt. Eine Verschiebung folgte der andern; nach Beseitigung eines Hindernisses tauchte ein anderes auf. Die Geduld der hoffnenden Völker war stark genug, diese unerträgliche Qual von Verkleinerungen und Erzeugung von Schwierigkeiten zu überbauen. Sie hofften ungeschwächt weiter, hoffen auch heute noch, daß ihnen aus Schwedens Hauptstadt der Oelszweig kommen werde.

Nun scheint alles Sehnen, alles Hoffen, alles Verlangen umsonst gewesen zu sein, da die Regierungen der Westmächte, also der Staaten, die für Freiheit, Demokratie und Menschlichkeit zu kämpfen laut verkünden, den zur Friedenskonferenz Abgesandten die Pässe vorenthalten.

Eine Überraschung kam die Nachverlegerung nun eigentlich nicht mehr, nachdem jene Regierungen die Friedensangebote mit ebensoviel Rücksichtlosigkeit wie politischer Unflugheit abgewiesen, als auch alle Friedensbestrebungen in ihren eigenen Ländern mit Schlägen und Pfiffen hintertrieben oder mit Gewalt zu unterdrücken versucht haben. Und sie werden ohne Zweifel in der Betätigung ihrer Friedensfeindschaft fortfahren, bis sie nicht eine höhere Gewalt, die Mit ihrer eignen Völker, daran hindert; sie werden das blutige Spiel weiter treiben müssen, weil sie bei diesem nur das Leben der anderen, beim Frieden jedoch ihr eigenes Leben zu wagen haben.

Mit dem ersten Friedensstage werben die Völker beginnen, Gerät zu sich über ihre Regierungen. Grund in Fülle für diese, die Friedensbestrebungen zu fürchten. Ihre Angst vor Stockholm läßt sich auch nicht von der Ergebnis und den Erfolgen ihrer Getreuen aus sozialistischen Parteien beschwichtigen. Sie haben darin schon recht günstige Erfahrungen machen müssen, die englische Regierung, als auch die französische. Bekannter Kämpfer scheuen das Feuer. Vor Wochen schon zogen treue Arbeitnehmer, Henderson, Cachin, Moutet und andere nach Russland aus, um dort die Sache ihrer Regierungen zu stützen. Das sie darin sonderlich viel zu leiser verhaftet hätten, kann nach den Vorfällen der neuesten Zeit schwerlich bestanden werden. Cachin und Moutet sicherlich nicht, von Henderson ganz zu schweigen. Was die beiden Franzosen von Petersburg am verbreiteten Tatsachen mitbrachten, ereigte in geheimen Sammlerungen Stürme, die der Regierung beinahe lebensgefährlich geworden wären, und unliebsames Aufsehen in der ganzen Welt.

Cachin und Moutet erhielten ihre Neuigkeiten von guten Petersburger Freunden und überlieferteren sie der Kammer hinter verschlossenen Türen. Trotz allem schädigten sie die Kriegspolitik der Westmächte in einer nicht mehr gut zu machenden Weise. Angesichts dessen müssen sich die Machthaber in Paris, London und Rom fragen, welche Gefahr erst Stockholm birgt, wo Tatsachen, bislang unbekannte Abmachungen, frei vor aller Welt erichtet zu werden drohen. Diese Befürchtung ist zu stark, als daß sie durch die Überredungskunst der ergebenen Arbeitnehmer zu behoben wäre.

Die Angst der Regierungen wird übrigens auch von ihren Freunden unter der Arbeiterschaft geteilt. Daran ändert die Tatsache nichts, daß sich von der letzteren neuerdings eine Anzahl für Stockholm erklärten. Gewiß, einige mögen durch bessere Einsicht belehrt worden sein, bei den anderen aber ist die Furcht die treibende Kraft der Sinnesveränderung, zum ersten die Furcht vor der eigenen Anhängerfaßt wegen ihrer Untätigkeit in der Friedensbewegung, zum andern die Befürchtung, in Stockholm könnte, wenn sie nicht aufwändig wären, die Kriegspolitik ihrer Regierungen, denen sie mit Herz und Blut ergeben sind, zu arg bloßgestellt und für den Frieden zu viel getan werden. Sie wollen — um mit dem sozialistischen Minister Thomas zu reden — „nach Stockholm, um dort hauptsächlich einen Alt der nationalen Verteidigung zu vollziehen“ und um „von der ganzen Internationale die förmliche Verurteilung der deutschen sozialistischen Parteiemehrheit zu fordern“. Zu diesem Zweck das nachdrückliche Verlangen, die Frage nach den Kriegsschulden auf die Lagesordnung der internationalen Lage zu legen.

In großen Dingen schau zu sein, hat sich noch so ziemlich immer als verfehlt erwiesen. Die Frage, wie den Krieg beenden, ist unbestreitbar tausendmal dringlicher als die, wer ihn verhindert. Allein, wenn nun einmal zur Lösung der jüngsten alles übertragenden Frage erst nach Erörterung der andern, jetzt weniger wichtigen Frage zu kommen ist, dann werden die Vertreter der Arbeiterparteien der Mittelmächte nicht unhin können, sich zu führen. Dies um so eher, als niemandem willkommen sein kann, die Frage der Kriegsschuld vor einer gespannt hochstehenden Weltgemeinschaft zu erörtern. Ob die Gegenseite dabei viel Seide auf ihre Spule zu bringen vermag, wird man heute schon bezweifeln dürfen, und zwar um so eher, als von den Vertretern der sozialistischen Parteiminderheiten der Westmächte fesselnde Neuigkeiten zu erwarten sind. Nach allem ist die Möglichkeit nicht von der Hand zu weisen, daß Thomas und seine Freunde trotz aller guten Absicht, in Stockholm für ihre Regierungen Voraussetzung vertrichten werden.*

So haben die Regierungen, die über eine tiefere Kenntnis des wahren Sachverhaltes verfügen und die gefährliche Möglichkeit der Erörterung der Kriegsschuld seiner zu wittern vermögen als ihre Freunde unter der Arbeiterschaft, gewichtigen Grund, selbst wenn Thomas nicht nach Stockholm zu wünschen. Gerade der Grund, weswegen die regierungstreuen Arbeitnehmer hauptsächlich zur internationalen Friedenskonferenz wollen, ist für ihre Regierungen der hauptsächlichste Grund, ihnen die Pässe zu verweigern.

* Dieser Beitrag war schon geschrieben, ehe die Aussagen des russischen Generals Januschewitsch in dem Gerichtsverfahren gegen Sachverständigen bekannt waren. Schriftleitung.

Durch das Ausbleiben der Franzosen, Engländer, Italiener und Amerikaner ist nun zwar die Konferenz nicht begraben, allein ihre Wirklichkeit für den Frieden ist dadurch, wie leicht begreiflich, gewaltig beeinträchtigt. Was aber nun? Die Antwort ist vielleicht leichter, als es womöglich scheinen mag.

Stockholm ist nun einmal das Lösungswort der Kriegsmüden, das heißt aller Völker geworden. Es ist kein Grund vorhanden, der annehmen hieße, daß es mit der Nachverlegerung seine Anziehungskraft verloren hätte. Im Gegenteil. Trügen nicht alle Anzeichen, so wird jetzt bei den Westmächten, und zwar bei allen, die Friedensbewegung erst richtig einzusehen und nun eine viel ausgeprägtere Spur gegen die Regierungen, das jetzt klarer erkannte Friedenshindernis, haben.

Die Friedensbewegung bei den Westmächten war bislang schon bedeutend stärker, als eine rücksichtslose Zerfur uns anzunehmen gestattete. In England wurde sie durch zahlreiche Zusätze, hunderte von Beschlüssen, als auch durch die Kundgebungen gegen Lord George offenbart. Für Frankreich bezeugt sie neben vielem andern die Senatsitzung vom 22. Juli dieses Jahres (beren Verhandlungen, die seit einiger Zeit von dem Gewerbeblatt La Bataille fortlaufend veröffentlicht werden), insbesondere das Wort gesetzt zwischen Clemenceau und dem Minister des Innern Mailly. Sie gestatten tiefe Bilder in die derzeitigen Zustände im Lande der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit.

Es handelt sich um die Friedensbewegung. Clemenceau wirkt der Regierung vor, nicht rücksichtslos genug dagegen eingefahren zu sein. Er sagt:

Was ist vorgekommen? Unruhe auf den Bahnhöfen und in den Bürgen der Urlauber. Nun hat es hier (im Senat) Kollegen, die mit sagen, diese Bewegung habe kein Ergebnis an der Front. Haben sie denn nicht die Urlaubserlaubnis gefehlt, nicht die türen-eröffnenden Säcke gehört, die uns das Unangenehme sagten, was uns gesagt werden kann. Zumal sagten uns die Urlauber: „Nach Stockholm!“ ohne daß sie etwas von der Stockholmer Geschichte wußten! Sie wollten der Regierung, den Abgeordneten sagen: „Nicht Frieden!“

In dem gleichen Bericht ist zu lesen, daß wegen der Friedensbewegung 121 Verurteilungen stattgefunden haben. Welcher Art die Strafen waren, lassen die folgenden Sätze erkennen. Wegen Verbrennung von Friedensflugblättern wurden zwei Männer zusammen zu drei Jahren und zehn Monaten Gefängnis und tausend Francen Geldstrafe verurteilt. Wegen dem Flugblatt „Erzwingen wir den Frieden“ erhielten die beiden Verfasser unterhalb Jahre Gefängnis und eine erhebliche Geldstrafe; für das Flugblatt „Kohle oder Friede“ drei Vierte vierzehn Monate Gefängnis. Dieser Auszug möge genügen.

Wie die Rebe Clemenceaus erkennt lässt, hat die Friedensbewegung auch in der Armee tapfere Form angenommen. So wird an der Front, wie hinter ihr für den Frieden geworben. Die Angst vor dem fernen Stockholm wird den Regierungen durch die Angst vor der tödlichen Gefahr im eignen Lande ausgetrieben werden.

Die Aufgaben der Arbeiterausschüsse

I

Vorbemerkung der Schriftleitung: Entsprechend einem Beschuß des letzten Verbandsstages bringen wir zwei Aufsätze über die Tätigkeit der Arbeiterausschüsse. Selbstverständlich ist mit diesen zwei Aufsätzen die Erörterung noch nicht eröffnet und wir sprechen hiermit erneut die Meinung aus, daß auch andere mit der Sache vertraute Kollegen ihre Meinung dazu sagen werden.

Düftig und unzureichend sind die Bestimmungen der Gewerbeordnung über die Errichtung und den Aufgabenkreis der Arbeiterausschüsse. Dem Bedenken der Unternehmer ist es überlassen, Arbeiterausschüsse zu errichten und ihre Tätigkeit vorschriften. Vorständen von Betriebskrankenkassen und anderen Kasseinrichtungen des Betriebes können die Befugnisse eines Arbeiterausschusses übertragen werden. Wo die Wahl des Arbeiterausschusses durch die vollaufjährigen Arbeiter des Betriebes erfolgen hat, kann der Unternehmer selbst eine Widerrede von Arbeiterausschusmitgliedern erkennen. Jahrzehntelange Bemühungen der Arbeiterschaft und ihrer Vertreter, der Vertretung der Arbeiter in den Betrieben befähige Unterlagen zu schaffen, scheiterten lange am Widerstand der Unternehmer, die genügend Einfluß in der Gesetzgebung besaßen, um ihren „Herr-im-Hause-Standpunkt“ aufrecht zu erhalten. Daher kam es, daß selbst in Arbeiters Kreisen die Bedeutung der Arbeiterausschüsse gering eingeschätzt wurde. Wo sich Arbeiterausschüsse Antreten und Bedeutung verschafft haben, ist es der hinter ihnen stehenden Arbeitersorganisation und dem Zusammensetzen mit dieser zuzuschreiben.

Eine wesentliche, aber immer noch unzureichende Verbesserung ist den Arbeiterausschüssen durch das Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst festgelegt. In allen Betrieben mit über 50 Beschäftigten, wo Arbeiterausschüsse nach § 134h der Gewerbeordnung nicht bestehen, müssen solche nach besonderen Wahlvorschriften errichtet werden. Im § 12 des Hilfsdienstgesetzes ist der Aufgabenkreis der Arbeiterausschüsse festgelegt. Darüber heißt es:

Dem Arbeiterausschuß liegt ob, d. s. gute Einvernehmen innerhalb der Arbeiterschaft des Betriebes und zwischen der Arbeiterschaft und dem Unternehmer zu fördern. Er hat Anträge, Wünsche und Beschwerden der Arbeiterschaft, die sich auf die Betriebeinrichtungen, die Lohn- und sonstigen Arbeitsverhältnisse des Betriebes und seiner Wohnfahrtseinrichtungen beziehen, zur Kenntnis des Unternehmers zu bringen und sich darüber zu äußern.

Auf Verlangen von mindestens einem Viertel der Mitglieder des Arbeiterausschusses muß eine Sitzung anberaumt und der beantragte Gegenstand auf die Tagesordnung gebracht werden.

Nun ist wohl selbstverständlich, daß ein Arbeiterausschuss, der seinen Verpflichtungen gewissenhaft nachkommen will, sich nicht dar-

auf zu beschämen braucht, abzuwarten, ob aus der Arbeiterschaft Anträge, Wünsche und Beschwerden an ihn gelangen. Aufgabe des Arbeiterausschusses ist es vielmehr, von Zeit zu Zeit festzustellen, ob die Betriebeinrichtungen, die Lohn- und sonstigen Arbeitsverhältnisse des Betriebes zeitgemäß sind und wenn das nicht der Fall ist, sich mit der Arbeiterschaft ins Benehmen zu setzen und über etwa nötige Maßnahmen zu beraten. Damit soll nicht gesagt sein, daß Anregungen dieser Art aus dem Kreise der Beschäftigten nicht kommen sollen. Niemand wird der Arbeiterschaft ein solches Recht streitig machen. Das selbständige Vorgehen des Arbeiterausschusses soll rechtzeitiges Eingreifen sichern, um nicht allzu große Verschiebungen und Spannungen einzutreten zu lassen. Wo lange Zeit hindurch nichts geschah, wird zuletzt durch eine Menge von Ursachen große Misstümmer angehäuft, die vom Unternehmer meist falsch ausgelegt wird.

Es ist unmöglich, nun alles einzeln aufzuzählen, was die Aufmerksamkeit des Arbeiterausschusses erfordert. Dazu sind die Betriebe mit ihren Einrichtungen und die Arbeitsverhältnisse selbst zu verschiedenartig. In § 120 a-d der Gewerbeordnung sind Bestimmungen darüber enthalten, wie die Einrichtungen der Betriebe beschaffen sein sollen. Es gibt wenige Betriebe, die all den Anforderungen entsprechen, die billigerweise an diese gestellt werden können. Da nicht jeder Arbeiterausschussvertreter eine Gewerbeordnung zur Hand hat, erscheint es zweckmäßig, wenigstens den § 120 a der Gewerbeordnung hier wiederzugeben. Dieser lautet:

Die Gewerbeunternehmer sind verpflichtet, die Arbeitsräume, Betriebsvorrichtungen, Maschinen und Gerätschaften so einzurichten und zu unterhalten und den Betrieb so zu regeln, daß die Arbeiter gegen Gefahren für Leben und Gesundheit soweit geschützt sind, wie es die Natur des Betriebes gestattet.

Insbesondere ist für genügendes Licht, austrocknenden Luftraum und Luftwechsel, Beseitigung des bei dem Betrieb entstehenden Staubes, der dabei entstehenden Dünste und Gase, sowie der dabei entstehenden Abfälle Sorge zu tragen.

Ebenso sind diejenigen Vorrichtungen herzustellen, welche zum Schutz der Arbeiter gegen gefährliche Berührungen mit Maschinen oder Maschinenteilen oder gegen andere in der Natur der Betriebsstätte oder des Betriebes liegende Gefahren, namentlich auch gegen die Gefahren, welche aus Fabrikbünden entstehen können, erforderlich sind.

Wie wenig wird diesen Bestimmungen gerade während der Kriegszeit Beachtung geschenkt und wie unendlich viele Unfälle sind wegen deren Nichtbeachtung schon aus der Friedenszeit übernommen worden, die nunmehr auch dem Aufgabenkreis der Arbeiterausschüsse unterstellt sind. Die Gewerbeinspektionen stehen gewiß nicht in dem Maß, den Unternehmern durch ihre Anordnungen besonders wehe zu tun und doch haben diese schon viel darüber zu klagen, daß es außerordentlich schwer hält, nur die notwendigsten Anordnungen über Einrichtungen und Beschaffenheit der Betriebe bei den Unternehmern durchzusetzen. Die neu geschaffene Mitwirkung der Arbeiterausschüsse bei der Überwachung und Unterhaltung der Betriebeinrichtungen ist lediglich zu begrüßen. Wo es den Arbeiterausschüssen nicht gelingt, ihren Ansprüchen Geltung zu verschaffen, wird es nötig, die Gewerbeinspektion anzuwenden, da dieser die Aufsicht über die Ausführung obiger und anderer Bestimmungen der Gewerbeordnung übertragen ist.

Ganz besonderes Augenmerk haben die Arbeiterausschüsse bei der fortgesetzten Vertiefung der Lebenshaltung den Lohn- und sonstigen Arbeitsverhältnissen des Betriebes zu zumentzen. Wenn die Ausgaben für den Lebensunterhalt steigen, die Kosten für die Erhaltung der Arbeitskraft immer größer werden, ist rechtzeitig eine entsprechende Erhöhung der Verdiente anzubahnen. Langes Zurwarten erschwert dem Arbeiterausschuß geradezu seine Aufgabe, den nötigen Mehrdienst durchzusetzen. Eine alte Erfahrung lehrt überdies, daß mehrfaches Vorgehen viel eher zu in Ziele führt, als wenn alles auf einmal erreicht werden soll.

Bei nötig werdenden Lohnregelungen verschaffe man sich zunächst eine Übersicht über die Verdienste, die im eigenen Betrieb und in anderen, ähnlichen Betrieben erreicht werden. Am besten geschieht dies durch einfache Fragebögen, auf denen jeder Beteiligte die Art seiner Beschäftigung, Alter und Familiengröße, ferner die Höhe des Verdienstes bei Lohn- und Alloardarbeit und etwaige Zugaben anzugeben hat. Diese persönlichen Fragebögen sind wegen der leichteren Verarbeitung zu statistischen Übersichten den vielfach üblichen Volumen vorzuziehen. Sind diese Unterlagen vorhanden, so lassen sich leicht die Vorschläge ausspielen und bei der Verhandlung vertreten.

Wichtig an den Bestimmungen des Hilfsdienstgesetzes ist, daß der Unternehmer auf Verlangen von einem Viertel der Arbeiterausschusmitglieder eine Sitzung anberaumt und den beantragten Beratungsgegenstand auf die Tagesordnung setzen muß. Um jede Missdeutung auszuschließen, reicht man die Beratungsgegenstände schriftlich ein, verlange aber auch eine schriftliche Festlegung des Ergebnisses. Die schriftlich eingerichteten Vorschläge, mehr aber noch die Abmachungen, sehe man genau durch und prüfe, ob nicht nachher eine andere Auslegung möglich ist, als ist sinngemäß bei den Verhandlungen gegeben wurde. Die Verhandlungen werden angemeldet unter Angabe einer Frist, innerhalb welcher diese stattfinden sollen.

Vor den Verhandlungen hat der Arbeiterausschuß unter sich eine Vorbesprechung abzuhalten und möglichst die Redner zu den einzelnen Punkten zu bestimmen. Dadurch soll jeder mit der ihm zu vertretenden Sache vertraut werden und Gründen begegnen können, auf die man immer gesetzt sein muß. Richtig jeder soll bei Verhandlungen reden, aber was gesprochen wird, soll seine Wirkung nicht verdecken. Der Schriftführer hält den Verlauf der Verhandlungen möglichst sinngemäß im Protokoll fest, da es oft nötig wird, auf die Ausführungen einzelner Redner zurückzukommen. Ein immer wieder angewandter Trick von Unternehmern geht dahin, die Arbeiterversetzer durch vieles Reden müde und müde zu machen und zuletzt das schriftliche Einverständnis zu einem Ergebnis zu verlangen, zu dem die Zustimmung der Gesamtarbeiterschaft sehr zweifelhaft

ist. So gut der Arbeiterausschuss die Verhandlungen in der Regel im Auftrag der Arbeiterschaft führt, muß er auch die Zustimmung zum Verhandlungsergebnis von der Annahme durch die Arbeiterschaft abhängig machen. Der Arbeiterausschuss kann sich wohl verpflichten, der Arbeiterschaft die Annahme von Zugeständnissen zu empfehlen, aber auch nur dann, wenn das Ergebnis ausreichend ist und es aussichtslos erscheint, weitere Zugeständnisse zu erlangen. Ebensoviel ist bei den Verhandlungen ein Zurückschlagen von den Vorschlägen durch einzelne Arbeiterausschußmitglieder zu empfehlen. Sieht sich bei den Verhandlungen kein greifbares Ergebnis, dem fordert man auf zur Abgabe eines Angebots, daß der Arbeiterschaft vorgelegt werden kann.

Nicht ohne Bedeutung sind die Umwandlungsformen bei den Verhandlungen. Mancher Unternehmer glaubt durch recht scharfes, mitunter sogar unverschämtes Auftreten besser zu seinem Ziel zu kommen. Darauf zieht man nicht mit gleicher Münze. Eine kräftige Verwahrung gegen den angeschlagenen Ton hilft besser, als anständigen Verhandlungen zu kommen, als wenn in gleich unsachlicher Art geantwortet wird. Die Verhandelnden müssen auch vermögen, ihre persönlichen Angelegenheiten in den Hintergrund zu stellen.

Nach der Verhandlung ist der Arbeiterschaft umgehend Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben. Frühzeitige und ständige Bekanntgabe des Ergebnisses kann nur schaden, selten nützen. Meist werden vorzeitige Mitteilungen über das Ergebnis zu falschen Anslegungen führen und die einheitliche Stellungnahme aller Beteiligten verhindern.

Ist ein Ergebnis angenommen, dann beginnt die Durchführung, die oft schwieriger wird, als seine Errichtung selbst. Die lebhafte Wirkung des Arbeiterausschusses bei der Durchführung ist nötig, um nicht die ganze Strömungswelt wieder zu gefährden. Erneute Ausgabe von Fragezetteln über das Ergebnis erleichtert die Überwachung und Feststellung dessen, was erreicht worden ist.

Wo die Verständigung nicht erzielt wurde, sind neue Verhandlungen zu bemühen, bis diese als erledigt angesehen sind. Das Hilfsdienstgesetz sieht man im § 13 die Amtierung des Schiedsgerichts ausdrücklich als vermittelnde und entscheidende Stelle vor. Gelingt die Vermittlung nicht, dann ist eine Entscheidung zu treffen. Beiden Seiten steht es frei, die Entscheidung abzulehnen. Lehnt der Unternehmer den Schiedsspruch ab, dann steht jedem Arbeiter der Ablehnung zu. Arbeiter ohne Arbeitsschein dürfen erst zwei Wochen nach dem Ausscheiden aus der letzten Stellung wieder beschäftigt werden. Militärisch dienenden bewilligten Arbeitern ist abzuraten, die Einstellung der Arbeitschancen vorzunehmen, da sie abschlagige Einberufung zu gefährden haben.

Wettbewerbsfähigkeit und Lohndrückerei

Unter der Überschrift Löhne und Wettbewerbsfähigkeit nach dem Kriege veröffentlicht Wilhelm v. Brieskamp in Nr. 32 der Deutschen Arbeitgeber-Zeitung eine ziemlich lange Arbeit, mit der wir uns etwas ausführlicher befassen müssen, denn wenn sie auch nicht offensichtlich von irgend einem Unternehmer oder einer Unternehmergruppe veranlaßt worden ist, so ist sie doch so einseitig zu deren Gunsten geschrieben, daß es höchst gefährlich für die Arbeiterschaft wäre, wenn sie die darin beginnenden Besitzungen außer acht lassen wollte. Der Bericht bestätigt, daß das Taylor-System zu empfehlen ist. Das dieses in und welche Gefahren es für eine unzureichende Arbeiterschaft in sich birgt, ist aufmerksamen Lesern der Metallarbeiter-Zeitung nichts neues. Unter anderem brachten wir in den Nummern 9 bis 11 und 13 bis 15 vom laufenden Jahre eine Reihe von Aufsätzen darüber. Seither ist unsere am Schluß ausgesprochene Mahnung, daß vor allen Dingen die Kollegen ihre Erfahrungen mitteilen möchten, die schon unter dem Taylor-System arbeiten müssen, bis jetzt ergebnislos geblieben. Auch wäre es zweckmäßig, wenn die Kollegen in den Verbandsversammlungen sich damit beschäftigen. Das wäre unseres Erachtens notwendiger als manches anderes, womit ein Teil der Verbandsmitglieder sich in den Versammlungen die Zeit vertreibt.

Zu der Abhandlung des Herrn v. Brieskamp ist besonders beachtenswert, wie er die Notwendigkeit des Taylor-Systems begründet. Er meint, daß der auch nach Friedensschluß zweifellos noch bestehende Mangel an Facharbeitern im wesentlichen nur möglich werden könnte durch Herabsetzung eines möglichst großen Teiles der bisher von Facharbeitern geleisteten Arbeit auf Maschinen und ungelehrte männliche und weibliche Arbeiter". Als Mittel, die Arbeit so zu teilen, daß die Arbeit möglichst von ungelehrten Frauen übernommen werden kann, soll das Taylor-System gelten. Ferner kann kaum bestritten werden, daß dieses „unseren frischbeschädigten gelehrten Arbeitern“ einen neuen Verlust eröffnen würde.

Über noch einen dritten „Vorzug“ heißt Herr v. Brieskamp nun Zugleiches zu nennen. Es soll geeignet sein, „die infolge der Kriegswirtschaft ins Ungemessene gespiegelenen Arbeitsmächte allmählich wieder in ein richtiges Gleichgewicht zur Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie zu bringen“. Die „überallgemein möglichen hohen Löhne“ sollen „noch durch die gewollte Steigerung der Kosten der Lebenshaltung nicht weiter gerechtfertigt“ sein. „Um schon dies ein letztes Mal, so wird es noch häufig durch die Zeit und Weise, wie der Beträger seine dünne Bekämpfung zu beweisen versucht.“

Das wird schon bewiesen (!) durch die Tatsache, daß sowohl die in Handel und Industrie tätigen Gewerkschaften wie auch die Gewerkschaften und Gewerkschaften mit einer ungemein gespiegelten Steigerung ihres Einkommens während des Krieges abhenden müssen, einer Steigerung, die nur in Ausnahmefällen 30 Prozent übersteigt und damit, wie allgemein bekannt ist, weit zurücksteht hinter der Steigerung der Lebenshaltung, die nach jenen aus Doppelzweck, ja Dreizweck des letzten Friedensabkommen beträgt.“

Dagegen ist zu erinnern, daß zumindest die Löhne noch höher gestellt sind, trotz der Kriegswirtschaft. Nur steigen in es zurück können, ein aufpassendes und eingemessenes Gewissen will sonst den Kapitalbesitzern die Arbeit zu erschweren. Daher auch die unheimlichen Abschüsse, in denen Herr v. Brieskamp über die Steigerung der Arbeitssätze spricht. Es mag sein, daß ein kleiner Teil der Arbeitssätze jetzt so viel sinken, daß sie trotz der gespiegelten Lebenshaltung ja jetzt den Lohnen früheren Formen, wie in Friedenszeit behauptet. Dieser Beispiel kann man aber nur gern als Spieldenkmal gegenübersetzen. Also mit jedem Tag der Gewerkschaftspolitik kommt es nicht weiter. Doch kommt es in mancherlei der Sache, die Löhne als unzureichend zu begreifen, kann der Vergleich mit den Löhnen der Beamten. Umgekehrt kann ein Sachzettel dazu. Was die Löhne der Arbeitsschaffenden, insbesondere die Löhne der bestehenden Beamten sind, ist ziemlich klar. Wir haben schon bei früherer Gelegenheit erläutert, daß der große Betriebsförderer Schrey auch in der Wohnung zu ungemeinen Zuständen führte. Die Arbeiter müssen infolge der Zensur höhere Löhne fordern. Da es jetzt gerade Zeit der Zensur für das Gewerbe ist,

so geht dies in der Hauptsache auf Kosten des Reiches, wodurch sich dessen Schuldenlast in steigendem Maße vermehrt. Das ist sicher ein ungünstiger Zustand, unter dem wir noch sehr lange werden leben müssen. Ganz ist aber leider keine Besserung möglich, es sei denn, daß man die Einheitsrate der ungewöhnlichen Kriegsgewinne zu noch viel stärkerer Steuerleistung heranzieht als es jetzt geschieht. Die Beamten müßten ebenfalls höhere Löhne haben und sicher hat auch ein großer Teil von ihnen berechtigten Anspruch darauf.

Als geeignetes Mittel, die Löhne „allmählich wieder in ein richtiges Verhältnis zur Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie zu bringen“ oder in klaren Deutsch übersetzt: zu drücken, preist Herr v. Brieskamp, wie schon gesagt, das Taylor-System an. Leider dieses sagt er nichts Neues, denn seine Kenntnis von ihm schlägt er aus dem Buche von Taylor, das Dr. Moeller in ziemlich mangelhaftem Deutsch übersetzt hat. Sicher wird es aber nicht an Versuchen fehlen, dem Rate zu folgen.

In Nr. 33 der Deutschen Arbeitgeber-Zeitung befinden sich unter der Spalte Sozialdemokratische Lohnpolitik Ausführungen, die auf denselben Ton gestimmt sind. Die Beschränkung der Lohn erhöhungen „auf die Zeit der jetzigen abnormalen Preisverhältnisse“ sei „geradezu selbsterklärend“. Das Blatt wendet sich gegen den Büroärts, weil dieser gefragt hat, daß Lohndrückerei nach Friedensschluß zu wirtschaftlichen Kämpfen führen müsse. Diese „Drohung“ berate „ein überaus geringes Maß von wirtschaftlicher Einsicht, und zwar auch unter dem Gesichtspunkt der Interessen unserer Arbeiter“. Dann folgt die alte Selbstverständlichkeit, daß „Arbeitsgelegenheit und Arbeitsverdienst der Arbeiterschaft... in unmittelbarem und unmittelbarem Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Lage der betreffenden Industrien stehen“. Das gilt mit der Einschränkung, daß die Unternehmer von jeher sehr gut verstanden haben, trotz der Kosten, die Lohn erhöhungen und andere Verbesserungen der Arbeiterschaftslinie ihnen auferlegt, immer noch gute Geschäfte zu machen.

Dann folgt in der Arbeitgeber-Zeitung die weitere Selbstverständlichkeit, daß die deutsche Industrie nur dann ihre frühere hohe Blüte wieder erreichen kann, wenn es ihr gelingt, ihre ausländische Kundenbasis wieder zu erlangen. Man kann angeben, daß dies in manchen Fällen größerer Anstrengungen bedürfen wird. Man kann jerner der Arbeitgeber-Zeitung zustimmen, wenn sie sagt, daß es für die deutsche Industrie notwendig sei, „nicht nur sehr gute, sondern auch besonders preiswürdige Ware zu liefern“. Es fragt sich nur, auf welche Weise die „Preiswürdigkeit“ erzielt werden soll. Die Arbeitgeber-Zeitung meint, es sei „bei einer übermäßigen Steigerung“ der Löhne „geradezu ausgeschlossen, so billig zu produzieren, wie es notwendig ist, um den Weltmarkt wieder zu erobern“. Glaubt denn die Arbeitgeber-Zeitung, daß nach Friedensschluß auch im Ausland die Löhne weitergezahlt werden, die vor dem Kriege üblich waren? Auch in anderen Ländern sind die Preise gestiegen und auch dort ist zu erwarten, daß sie nicht wieder auf ihrem alten Stand zurückgehen werden. Das wird sogar aus Amerika berichtet, obwohl dort keine Absperzung besteht. Ferner hat die deutsche Industrie in der Hauptstadt doch eigentlich nur die Industrie Englands und der Vereinigten Staaten zu fürchten, beides Länder mit umfangreicher Arbeiterschwung. Sowas haben wir von unserm Standpunkt aus „nach“ an den englischen und den amerikanischen Gewerkschaften auszufordern, trocken sind wir aber überzeugt, daß sie nach Friedensschluß in der Lohnfrage ihren Platz stehen werden. Wir hätten deswegen annehmen, daß auch die englischen und die amerikanischen Unternehmer nach dem Kriege nur zu höheren Preisen werden liefern können; auch brauchen die deutschen Unternehmer mit ihnen nicht in Spanien-Wettbewerb zu treten.

Die Besitzungen der Arbeitgeber-Zeitung fallen also platt zu Boden und damit auch die Folgerungen, die sie aus ihnen zieht. Sie sind: „Die Selbstbindung der Arbeiterschaft nach dieser ausköstlichen Sache der Arbeitgeber sein, und die Arbeiterschaft wird, wenigstens in der Zeit der Lösung ihrer wichtigen wirtschaftlichen Aufgaben, ihre Ansprüche auf ein richtiges Maß einzustellen müssen, wenn anders sie nicht Gefahr laufen will, davoneind an Arbeitsgelegenheit und Arbeitsverdienst zu verlieren.“ Nun, etwas anderes, als ihre Forderung „auf ein richtiges Maß“ einzustellen, hat die Arbeiterschaft zu keiner Zeit benötigt und wird es auch künftig nicht tun. Allerdings haben die Unternehmer gehörsam andere Ansichten über das „richtige Maß“ als die Arbeiter.

Ob die Arbeitssätze nach Friedensschluß beibehalten werden müssen oder ob sie eine Herabsetzung ertragen können, wird hauptsächlich von den Kosten der Lebensbedürfnisse abhängen. Und da gleicht die Arbeitgeber-Zeitung doch wohl selbst nicht, daß diese auf den alten Stand zurückkehren werden. Wenn aber die Arbeitgeber-Zeitung und andere Unternehmensblätter seit Sicht und Tag in so wenig herausfordernder Weise zur Herabsetzung der Löhne hetzen, dann brauchen sie sich auch nicht zu wundern, wenn die Arbeiterschaft unzufrieden und wenn sie nicht gleicht an die Verhinderung der Arbeitgeber-Zeitung, daß die von ihr befürwortete Lohndrückerei im eigenen und wohlverstandenen Interesse der deutschen Arbeiterschaft liege.

Die deutsche Arbeiterschaft sieht aber auch an diesem Beispiel, was sie besiegt. Möge sie darum auf der Hut sein!

Unser Verband in der 159. Kriegswoche

Das Ergebnis der Erhebungen über die Mitgliederbewegung und Arbeitslosigkeit im Verband während der 159. Kriegswoche ist in nachstehender Übersicht dargestellt.

Das erzielte Resultat und Berichte hierzu nicht eingegangen, sonder den Generalversammlungen: Hohenstaufen, Cuxhaven, Geeste, Uetersen, Wedel-Schulau und Einbeck.

Übersicht über die Zeit vom 12. bis zum 18. August 1917.

Zeit	Stadt	Gebiet	Arbeitslosen	Arbeitslose							
1. 34	—	9173	21	49	11	9124	6	0,03	28		
2. 28	1	10524	20	126	33	10498	11	0,1	62		
3. 31	—	9357	31	79	38	9308	3	0,08	34		
4. 51	—	13379	101	246	61	43133	77	0,16	243		
5. 78	1	33195	102	205	81	27990	21	0,05	95		
6. 33	4	33981	84	198	62	33783	18	0,05	52		
7. 31	—	51647	72	496	135	51161	5	0,01	72		
8. 27	—	18336	51	294	65	18132	6	0,03	44		
9. 49	—	37997	53	410	171	37557	151	0,40	57		
10. 38	1	24713	62	139	45	24574	41	0,17	205		
11. 1	—	65219	171	140	140	65079	121	0,19	436		
Summe	7	315551	774	2252	345	345259	460	0,15	1309		

Ergebnis der Erhebung der 159. Kriegswoche, Rundschau vom 20. August 1917.

Im Verband sind 159 Mitglieder eingetragen. 71 Mitglieder wurden mehr zum Heer eingezogen.

5592 Mitglieder = 1,65 v. H. waren Kraft gewehrt, an die 59270 „Unterstützung“ ausgetragen wurden.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Um Irrtümer zu vermeiden und eine geregelte Beitragsteilung zu ergießen, machen wir hiermit bekannt, daß mit Sonntag dem 9. Sept. der 37. Wochenbeitrag für die Zeit vom 9. bis 15. September 1917 fällig ist.

Die Erhebung von Extrabeiträgen wird nach § 6 Abs. 8 des Verbandsstatuts gestaltet:

Der Verwaltungssitz Göppingen vom 1. September an für die 1. und 2. Beitragsklasse 20 ♂, für die 3. Beitragsklasse 10 ♂ pro Woche (statt seither 10 und 5 ♂).

Der Verwaltungssitz Krefeld für die 1. Beitragsklasse 20 ♂, für die 2. und 3. Beitragsklasse 15 ♂ pro Woche (statt seither 15 und 10 ♂).

Der Verwaltungssitz für die 1., 2. und 3. Beitragsklasse 15 ♂ pro Woche (statt 15 ♂).

Die Nichtbezahlung dieser Extrabeiträge hat Konsequenz statutarischer Rechte zur Folge.

Alle für den Verbandsvorstand bestimmten Sendungen sind zu richten: An den Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbands, Stuttgart, Mühlstraße 16, I.

Geldsendungen, die nicht auf das Postcheckkonto, sondern durch Postanweisung erfolgen, sind nur zu richten an: Theodor Werner, Stuttgart, Mühlstraße 16, I.

Bei allen Geldsendungen, sei es mit Zahlscheine oder Postanweisung, genügt nicht der Stempel der Verwaltungssitz als Absender, sondern es müssen Name, Wohnort, Straße und Hausnummer des Absenders auf der Vorderseite des Abschnitts angegeben werden, während auf seiner Rückseite genau zu vermerken ist, wofür das Geld verbucht werden soll.

Bei Geldsendungen an artliche Verwaltungen ist stets der Name des Kassierers oder Bevollmächtigten anzugeben.

Mit kollegalem Gruß Der Vorstand.

Berichte

Metallarbeiter.

Hamburg. In der allgemeinen Mitgliederversammlung am 19. Juli im Gewerkschaftshause teilte Koch vor Eintreten in die Lagesordnung mit, daß im Laufe des 2. Quartals 47 Kollegen auf dem Schlachtfelde gefunden sind. Außerdem sind hier am Ende 28 verstorben. Durch Erheben von den Eltern erhielt die Versammlung das Abzeichen der Gefallenen und Verstorbenen. Hierauf gab Koch die Entscheidung eines Schiedsgerichts in Sachen Bierhardi gegen Dittmann bekannt, wonach Dittmann eine Rüge erhielt wird. In einer persönlichen Bemerkung erklärte Dittmann, daß er nicht für das, was andere ihm in den Mund legen, verantwortlich gemacht werden könne. Zum Abschluß berichtete der gedruckt vorliegende Bericht, wurde das Wort nicht gewünscht. Den Geschäftsbericht erstellte Koch. Auch im zweiten Quartal hätten wir Fortschritte gemacht. Bei einzelnen Gruppen wurde das, was gefordert wurde, reißlos bewilligt, bei anderen mußten wir uns mit Leidetfolgen begnügen. Auf den Bericht wurde, nachdem die letzte Erhöhung von 3 ♂ die Stunde im Juni gefallen war, eine neue Erhöhung eingeleitet. (Die Forderungen der Werkarbeiter sind aus dem Bericht in Nr. 30 der Metallarbeiter-Zeitung zu entnehmen.) Hoffentlich können wir im 3. Quartal berichten, daß die Bilanz der Werkarbeiter Verstärkung gefunden habe. Bei den Klempnern und Gussflossern konnte eine Erhöhung der Leistungsfähigkeit erreicht werden. Mit den Heizungsmaschinen stehen wir noch in Unterhandlungen. Außer Leistungsfähigkeiten konnten aber auch in verschiedenen Betrieben Lohn erhöhungen durchgesetzt werden. Diese Erfolge durften am besten die Behauptungen falscher Propheten, daß die Organisation nichts getan hätte, widerlegen. Die Zahl der Mitglieder betrug am Schluß des 2. Quartals 8894 gegen 8727 im 1. Quartaljahr. Zum Heer einberufen sind 491, vom Heer zurückgemeldet 436. Der Zugang beträgt 1831, der Abzug 1604. Die Zunahme an Mitgliedern 167. Bei dem außerordentlich guten Beschäftigungsgrad in der Metallindustrie kann die Zunahme nicht als befriedigend bezeichnet werden. Wenn man auch einen Teil, weil in anderen Verbänden organisiert, in Abzug bringt, bleibt doch noch eine große Zahl Organisationsführer übrig, die der Organisation zuguhören jeder Einzelne bestrebt sein muß. — Von

fertigt sind, und versuchte ferner nachzuweisen, daß durch den Antrag Danzig, wonach die Bevölkung der Angestellten aus der Hauptklasse erfolgen soll, das Selbstverwaltungsrecht der Verwaltungsstellen geschmälerst wurde. Des weiteren besprach Redner den Beschluß der Kölner Generalversammlung, den Angestellten eine Leuerungszulage von 125 M zu gewähren, hierbei die Höhe der Rückrechnung einer scharfen Kritik unterziehend. Erfreulich aber ist, so schloß Redner, daß der Wille zur Spaltung weder auf der einen, noch auf der anderen Seite eine neinwerdende Zahl von Delegierten hinter sich hatte. Diese Tatsache wird es ermöglichen, daß in Zukunft im Interesse der Gewerkschaften gearbeitet werden kann. — In einer fast zweistündigen Rede ging Redner auf die Ausführungen Dittmanns ein. An der Hand des Geschäftsbüchles wies er nach, daß trotz des "Friedens" der Klassenkampf nicht getaut hat. Unausgeglichen war die Organisation bemüht, die wirtschaftliche Lage der Arbeiter zu verbessern und nicht ohne Erfolg. Überall trat der Schwierigkeiten gute Erfolge zu verzeichnen. Um so eigenartiger berührte es, wenn Leute, denen die Schwierigkeiten wohl bekannt sind, von Bettelpennigen reden. Die ganze Organisationsweise in Wort und Schrift, wie sie von einer bestimmten Richtung betrieben wird, ist ein planmäßiges Daraufeinanderfolgen, Misstrauen gegen die Angestellten in den Kreisen der Mitglieder zu erzeugen. Bei den Sitzungs am 16. April waren nicht wirtschaftliche Gründe ausschlaggebend, sondern zu rein politischen Zwecken sollten sie mißbraucht werden. Weiter besprach Redner das Käffedienstgesetz, das als neues Werk hingenommen werden mußte, um ein größeres zu verhindern. In der unsicheren Agitation gegen das Gesetz unterließ man, darauf hinzuweisen, daß die Mitarbeiter der Gewerkschaften an dem Gesetz darauf gerichtet war, zu verbessern und Schlimmes zu verhindern. Redner hieß die Taktik des Vorstandes für richtig und vertrat in seinen weiteren Ausführungen die in Köln gesetzten Beschlüsse. Der reiche Beifall, den dem Redner am Schlusse seiner Ausführungen gezollt wurde, darf als Beweis dafür gelten, daß die Versammlung mit der Haltung der Delegierten und den Beschlüssen der Generalversammlung sich einverstanden erklärte. In der Aussprache die noch eine dritte Versammlung in Anspruch nahm, sprachen alle Redner bis auf den Kollegen Müller, der den Standpunkt der Minorität vertrat, im Sinne des Kollegen Koch. In seinem Schlusswort ging Harde kurz auf die Ausführungen Müllers ein, wendete sich gegen schief Vorstellungen einiger Redner und erachtete einmütig an dem Ausbau der Organisation zu arbeiten und für Einigkeit und Geschlossenheit einzutreten, um kommenden Kämpfen gewachsen zu sein.

Sessel. Am 19. August fand eine allgemeine Mitgliederversammlung statt, die von etwa 120 Kollegen besucht war. Sie nahm den Bericht des Delegierten, Kollegen Günther, über den Verbundstag in Köln entgegen. Redner gab einen gedrängten Überblick über den Gang der Verhandlungen und begründete seine Stellung zu den gesetzten Beschlüssen. Daraus ging hervor, daß er sich auf dem Verbundstag zur Opposition gestellt hatte. In der Aussprache unterstützten drei Kollegen seine Ausführungen. Unter anbetracht wurde, daß die Betätigung und das Eingreifen des Verbandsvorstandes und der Generalkommission in die Kriegspolitik nicht im Sinne unserer bisherigen Gewerkschaftsstaffel gelegen sei. Die Beteiligung der Angehörigkeit an der Abstimmung über ihre Gehaltszulage sei zu verurteilen. Als persönlich interessiert, hätten sie sich hier der Stimme enthalten müssen. Die Berliner und Leipziger Rüstungsarbeiterkreise nahmen einen breiten Raum in der Aussprache ein. Es wurde bedauert, daß die Erfolge in gewerkschaftlicher Hinsicht hinterlich öffentlich herabgewürdigt worden seien. Die Freilegung von Kapitalien von Verbandsgeldern durch den Vorstand könnte man nicht billigen. Der Vorsitzende, Kollege Grzesinski, trat den Ausführungen des Delegierten und der übrigen Redner entgegen. Er hält unter anderem die jetzt von den Gewerkschaften eingeschlagene Taktik für richtig. In bezug auf die Leuerungszulage an die Angehörigen wies er darauf hin, daß bei Beurteilung der Höhe der Zulage doch auch nicht außer acht gelassen werden dürfe, daß zu Beginn des Krieges erhebliche Zölle des Gehalts der Angestellten an den Kriegshilfsfonds abgeführt seien. Nach einem kurzen Schlusswort des Delegierten bei sehr starker Versammlung wurde ein Antrag, sich mit den Beschlüssen des Verbundstages einverstanden zu erklären, mit allen gegen jedes Stimmum abgelehnt. Mit 46 gegen 6 Stimmen wurde folgende Resolution angenommen: "Nach Entgegennahme des Berichtes von der Verbundsgeneralversammlung in Köln erklärt die allgemeine Mitgliederversammlung der Verwaltungsstelle Kassel ihr Einverständnis mit der Haltung ihres Delegierten. Insbesondere erklärt sie sich mit der Kritik und der Missbilligung einverstanden, die bezüglich der Einmischung der gewerkschaftlichen Zentralinstanzen in die Parteitreibkeiten und politische Angelegenheiten zum Ausdruck kam. Die Mitgliederversammlung vermisst jede einseitige Stellungnahme zugunsten einer politischen Richtung und sieht in einer strengen Neutralität die beste Wahrung der so notwendigen Einigkeit auf gewerkschaftlichem Gebiet."

Schönes a. G. Die hierigen Mitglieder nahmen am 25. August den Bericht von der Kölner Generalversammlung entgegen. An den Bericht schloß sich eine kurze, sachliche Diskussion. Folgende Resolution fand als Ausdruck der Aussprache einstimmige Annahme: "Die Mitgliedschaft der Verwaltungsstelle Schönebeck und Umgegend verurteilt nach Kenntnisnahme des Berichts der Kölner Generalversammlung alle Betreibungen und Maßnahmen, die geeignet sind, zwiegleich in die Gewerkschaften zu tragen. Aus diesem Grunde kann sie sich auch nicht einverstanden erklären mit der Anlegung eines Teiles des Verbundsvolumens in Kriegsanleihe. Sie fordert den Barthaft auf, derartige Maßnahmen in Zukunft zu unterlassen."

Suhl und Umgegend. Am 5. und 19. August fand unsere Generalversammlung für das 2. Quartaljahr 1917 in Suhl statt. Bei Punkt 1 sprach Kollege Böck (Halle) über die Wirkungen der Schlüsselungsausschüsse. In der daraufliegenden langen Aussprache erklärten sich die Redner meistens gegen das Hilfsdienstgesetz, da es den Arbeitern mehr Schaden als Nutzen bringe. Wegen vorgerückter Zeit wurde die Versammlung auf den 19. August vertagt. — Der Rechnungs- und Tätigkeitsbericht wurde am 19. August nach kurzer Aussprache erledigt und der Geschäftsführung einstimmig Zustimmung erteilt. Kollege Wenkel gab sodann den Bericht von der Generalversammlung in Köln. Er beleuchtete die Tätigkeit unverantwortlicher Zentralen und stellte sich auf den Boden des Vorstandes und der Resolution 85. Für den Aussprache vertraten die meisten Redner den Standpunkt der Minorität der Generalversammlung, diese nicht selten mit der Partei in Minorität vertrat, während einige Redner und die Geschäftsführung den Mehrheitsstandpunkt vertraten. Eine Resolution, die die Haltung des Delegierten sowie die Taktik des Vorstandes verurteilte und sich auf den Standpunkt der Resolution 85 stellte, wurde gegen wenige Stimmen angenommen. Ein Antrag, den beiden Angestellten zu kündigen, da sie nicht mehr das mögliche Interesse am Verband zeigten und ihre Stellungnahme im Parteistatus befürchten ließ, daß einzelne Ortsgesellschaften von der Verwaltungsstelle abspringen würden, wurde zurückgewiesen, nachdem die Verhandlung anerkannte, daß die beiden Angestellten ihren Pflichten gegenüber dem Verband vollaus genügten und Kollege Schönherr erklärte, daß er sich zu keiner politischen Richtung verpflichte, er es daher auch ablehnen müsse, sich in bezug auf seine politische Stellungnahme irgendwelche Vorrichtungen machen zu lassen. Seine politische Überzeugung sei weder Handels- noch Laienobjekt und könne daher weder durch Drohungen noch Maßnahmen irgendwelcher Art beeinflußt werden. Kollege Böck forderte zum Schluß auf, trotz aller Meinungsverschiedenheiten einmütig an der Störung der Organisation mitzuverarbeiten.

Würgen. Am 19. August tagte bei Sternburg eine Mitgliederversammlung, die sich mit der Wahl von zwei Delegierten zur Bezirkskonferenz und mit Ernährungsfragen und Lohnbewegungen beschäftigte. Der Vorsitzende gab einen kurzen Überblick über den Ablauf der Delegiertenwahl und unterbreitete der Versammlung einen Vorschlag der Militärverwaltung: den 1. Genossenschafts- und den Kollegen Spaue als Delegierten nach Dresden zu der Konferenz zu führen. Als Ergebnis wurden die Kollegen Vorberger und

König vorgeschlagen. Aus der Mitte der Versammlung wurde als Delegierter der Kollege Kaltken vorgeschlagen. Die durch Stimmzettel vorgenommene Wahl ergab die Mehrheit für den Vorschlag der Militärverwaltung. — Dann gab der Bevollmächtigte einen ausführlichen Bericht über die mit der Königlichen Amtshauptmannschaft Grimma geführten Verhandlungen über Ernährungssorgen. Er erklärte, daß in der mündlichen Verhandlung die Behörde über den tatsächlichen Stand der Sache nicht im Zweifel gelassen worden sei und er hofft, die Aussprache werde doch dazu führen, daß die Zuweisung an Bettelstellen ist, für die Zukunft besser wird. Auch die Tatsache, daß die bestehenden Ausschüsse, die von der Königlichen Amtshauptmannschaft zur Herstellung von Käffepreisen usw. gebildet, jedoch so gut als überhaupt nicht herangezogen wurden, ist bei der Verhandlung entsprechend gewürdigt worden. Einer eingehenden Kritik wurde besonders die Sonderzuweisung an Kinder in größere Mengen an die Landwirtschaftlichen Handelskäufen und die Obstbauvereine unterzogen. Herr Schmitz v. Hofe, mit dem die Verhandlungen gepflogen wurden, erklärte sich in dieser Angelegenheit nicht zuständig, da diese Sonderzuweisung nach Anweisung des Ministeriums des Innern erfolgt sei. Er versprach jedoch bemüht zu sein, daß den Arbeitern gleichfalls ein Ausgleich an Kinder gegeben werde. Auch in allen andern Fragen wurde von der Königlichen Amtshauptmannschaft, wenn es die Verhältnisse geforderten, Abhilfe versprochen. In der Aussprache wird der Wunsch laut, bei der Landesschlüsselsteuer Absehung von Zeit oder Abzug von vorstellig zu werden, da es unmöglich sei, mit den 30 Gramm Butter die Woche noch leistungsfähig zu bleiben. Der Bevollmächtigte berichtete sodann noch kurz über die mit dem Firmen 9. Aug. Schmid geführten Verhandlungen über die Stundenlohnregelung. Das zweimalige Verhandeln mit dem Arbeiterausschuß hatte ein nur ungenügendes Ergebnis, so daß die Bezirksleitung erachtete, in die Verhandlung einzutreten. Die Folge war, daß folgende Vereinbarung getroffen wurde: 1. Die Arbeitszeit wird von 59 auf 54 Stunden die Woche gekürzt. 2. Sämtliche Stundenlöhne werden um 25 v. H. erhöht. 3. Der Einstellungslohn für gelehrte Durchschnittsarbeiter beträgt 72 M. 4. Alle Alttordpreise werden um 25 v. H. erhöht. Neue sowie unübliche Alttore werden in Lohn angefordert und erhalten die Arbeiter ihren durchschnittlichen Alttordpreis verdient. 5. Für die ersten beiden Überstunden sind 25 v. H. für alle Stunden darüber hinaus sowie für Sonntags- und Feiertagsarbeit sind 50 v. H. Zuschlag zum Stundenlohn zu vergrößern. Bei Überstunden, die zur Aufrechterhaltung des eigenen Betriebs dienen, nur 30 v. H. 6. Außerdem erhalten eine Leuerungszulage: Verhältnisse Arbeit 6 M. ledige Arbeit 4 M. und Arbeitnehmer 2,50 M. die Woche. 7. Die bisher gewährte Leuerungszulage von 10 v. H. kommt in Betriff. In der Aussprache kam der Wunsch zum Ausdruck, daß die Ortsverwaltung bemüht sein möchte, daß auch in allen anderen Betrieben der Abschluß von Verträgen die Arbeitszeit herabgesetzt werde. — Zum Schlus der Sitzung kam es noch zu Blücheinberufungen über die Niederschreibung unserer Versammlungsberichte an die Studententaler Volkszeitung. Der Kollege Schmitz verlangte und stellte den Antrag, daß wie früher die Berichte in der genannten Zeitung erscheinen sollten. Von Vorsitzenden wurde darauf erwidert, daß mit Rücksicht darauf, daß jetzt zwei Zeitungen im Bezirk erscheinen, strenge Neutralität geübt werden müsse, um nicht die Streitfragen auch noch in unserer Gewerkschaft zu vertiefen. Aus diesem Grunde hielte es die Verwaltung für richtig, wenn unsere Berichte nur unter Verbundblatt erscheint. Das hätte außerdem den Vorteil, daß ich jedes Mitglied nachlesen könne, was bei der Studententaler Volkszeitung nicht der Fall sei, da nur ein Teil der Mitglieder Bezieher dieser Zeitung sei. Um jedoch Sicherheit zu schaffen, beantragte die Verwaltung eine Abstimmung darüber. Diese billigte die Stellung der Verwaltung.

Der Lösung der für das Volksgesetz hochwichtigen Wohnungsfraße abhängige die Einführung der ungeeigneten Arbeitszeit in den Reichs- und Staatsverwaltungen, in den Kommunal- und sonstigen öffentlichen Betrieben sowie in den Schulen in die Wege leiten und den Betriebbetrieben die Einführung der ungeeigneten Arbeitszeit empfehlen.

Arbeiterlöhne auf dem Hüttentwerk der Firma Stumm in Neunkirchen (Saargebiet).

Die Arbeiterschaft des Hüttentwerks Stumm muß es heute entgegen, daß sie solange auf falsche Ratgeber hört, die sie von der Organisation fernhielten. Wie gering die dortigen Arbeitserlöne in der jetzt so teuren Zeit sind, lehrten verschiedene Sachen, die am 22. August 1917 vor der Schlichtungsstelle Neunkirchen zur Verhandlung standen und ein großes Bild auf die Entlohnung auf dem Stumm'schen Werk werfen.

Es erschien der Dreher M., der von der Firma Stumm den Kriegsschiff verlangte, da er im Monat Juli nur einen Schichtlohn von 3,80 M. hatte, wogegen eine Zulage von 50 v. H. kam, also zusammen ein Verdienst von 4,30 M. Dann wurde sein Lohn auf 4,60 M. aufgestellt. Er arbeitet er in Ulfeld, erklärt aber, trotz leichter Arbeit nicht über 5,10 M. zu kommen. Er wollte seinen Verdienst an den Nagel hängen und in der Grube als Schlepper arbeiten, wo er bei achtfacher Arbeitszeit denselben Lohn verdienen kann, wie als gelernter Arbeiter bei Stumm in 10 Stunden. Auch sein Arbeitserlös wäre zur Grube hingerichtet wie zur Hütte. So erklärte der 17jährige Dreher vor den Schlichtungsausschuss. Der Verfochter der Hütte nannte ihn einen tüchtigen Dreher, den er nicht entbehren könnte. Die Herausgabe des Kriegsscheins wurde verweigert, da bei dem Arbeitswechsel keine bedeutende Verbesserung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu erwarten sei.

Die nächste Sache betrifft einen 3. Schmelzer, der verheiratet ist und einen Schichtlohn von 4,50 M. verdient. Dazu kommen noch Zulagen verschiedener Art, sowie 50 v. H. für Sonntagsarbeiten, so daß er auf 6,90 M. die Schicht kommt. Der besonders lästig gebaute Mann, der früher schon einmal 2 Jahre Grubenarbeit verrichtet, verlangte auch Ausstellung eines Kriegsscheins, den ihm die Hüttenverwaltung verweigert. Er gibt an, in der Grube arbeiten zu wollen, da er sich dort, wenn er erst einige Zeit gearbeitet habe, verbessern könnte. Hauer wurde und sein Lohn dann bedeutend höher sei als bei Stumm. Auch hier wurde der Kriegsschein verweigert, da bei dem Arbeitswechsel keine Verbesserung gesprochen werden könnte.

Nicht wie Urteilsprüche wollen wir zum kritisieren, sondern nur darauf hinzuweisen, daß sich gelehrte Arbeiter im Saargebiet zur gefährlichen und auch nicht besonders gut entlohnten Grubenarbeit drängen, um dort ihr Dasein zu fristen, da die Löhne bei Stumm für die jetzige Zeit den Namen Hungerlöhne verbernen.

Doch nicht an der Firma Stumm liegt hier allein die Schuld, sondern sie auf diesen Werken beschäftigten Arbeiter in ihrer Mehrzahl können sich an die Grube schlagen und ausufen: Unsere Schuld ist es, weil wir den Weg zur Organisation solange nicht finden wollten. Viele gibt es jetzt noch, die ferne stehen; diese müssen gewonnen werden, soll die Arbeiterschaft auf den Stumm'schen Werk zu verbleiben und ihr hunger Haushalte entarten.

Deshalb an die Arbeit, Ihr, die ihr mit angepaßter Fertig an der Drehbank steht, die ihr schweißbedeckt als Schmelzer eure schwere Arbeit leistet und die ihr wißt, was der Arbeiterschaft kommt: führt die, die neu anfingen und blind sind, der Organisation zu, macht sie zu wissenden und sehenden Menschen, die endlich mithelfen, die Lage der gesamten Hüttenarbeiterchaft zu verbessern.

Erfindungen von Heeresangestellten und Hilfsdienstpflichtigen.

Seit langer Zeit gilt die Bestimmung, daß Offiziere, Beamte der Militärverwaltung, Unteroffiziere und Mannschaften, welche die Nachbildung eines Patents beabsichtigen, vorher ihren Vorgesetzten davon Anzeige zu machen und die Erklärung abzuwarten haben, daß die Militärverwaltung nicht Einspruch dagegen erhebt. Neuerdings ist diese Bestimmung auf die Hilfsdienstpflichtigen, die als Erstes für Militärdienste eingestellt werden, ausgedehnt worden, und sie müssen schriftlich anstreben, daß nicht nur die im dienstlichen Auftrage, sondern auch die mit dienstlichen Mitteln oder auf Grund dienstlicher Kenntnisse oder auf Grund dienstlicher Erfahrungen von ihnen gemachten Erfindungen als dienstliche Erfindungen dem ausschließlichen Verfügungsrécht der Heeresverwaltung unterliegen und ohne deren Zustimmung zum Patent (Gebrauchsmodell) nicht angemeldet werden dürfen. Hiergegen wandte sich der Verband Deutscher Patentanwälte und regte bei anderen Körperschaften an, ihm zustimmende Erklärungen zuzulassen. Aus diesem Anlaß beschäftigte sich der Ausschuß des Deutschen Handelsrates mit der Angelegenheit und sprach sich nach einem Bericht vom Kommerzienrat Dr. Böck (Göttingen) aus, daß die angeführten Bestimmungen eine weitgehende Entziehung der Erfinder bedeuten, die dazu führen müsse, die Erfindertätigkeit hemmend zu beeinflussen. Von ihrer Gelung seien die Hilfsdienstpflichtigen auszunehmen, und es sei vorzusehen, daß die Notwendigkeit der Erteilung einer Erlaubnis zur Anmeldung einer Erfindung nicht dazu benutzt werden darf, der Heeresverwaltung Erfindungen, an denen sie noch allgemeine Rechtsgrundzüge ein Eigentum nicht zustehe, ohne Erlaubnis auszuführen.

Vom Husland

Belgien.

England und die belgische Diamantindustrie. Die Zahl der in Antwerpen arbeitenden Diamantschleifer, die im Spätjahr 1914 von der Friedenszahl von rund 14.000 auf 400 zurückgegangen war, hat zwar unter der deutschen Verwaltung durch die Unterstützung der Diamantregie des südwürttembergischen Schießgebietes in Berlin eine Steigerung aufzuweisen und sich im Frühjahr 1916 auf annähernd 6.000 erhöhen können. Aber infolge des geringen Vorrats an Rohmaterial und des Ausfuhrverbotes von Rohware aus Holland nach Belgien, das die Engländer im Bunde mit den Holländern erlassen haben, ist die Lage der Schleifer in Antwerpen eine günstige, ihr Wohlbehagen im Vergleich zu dem vor dem Kriege wesentlich geringer. Man wird daher die Empörung verstehen, die die beteiligten Kreise in Antwerpen empfinden, wenn sie hören, daß die Gründer der gegenwärtigen Verhältnisse benutzen, um des Antwerpener Diamantindustrie in Birmingham eine schärfste Konkurrenz zu schaffen. Die Engländer haben sich, wie das Antwerpener Syndikat Nederdeelingsblad mitteilt, bemüht, in Birmingham belgische Arbeiter als Vorarbeiter anzubringen und, als dieses misslang, hat man es mit Holländern und sogar mit Deutschen erüben wollen. Die Engländer scheinen sich also nicht, während des Krieges die technischen Kenntnisse der Untertanen eines feindlichen Landes zu benutzen, um einer der besten Industrien des verbündeten Belgiens einen tödlichen Schlag zu versetzen. Sollte dieses Vorgehen, das von den genannten Antwerpener Blatt ebenso wie vom Socialiste Belge in Rotterdam gedruckt und verbreitet wird, bereits ein Programmpunkt des neuen britisch-belgischen Handelskomitees sein?

Frankreich.

Weiter die Streiks, die 1916 in Frankreich ausbrachen, machen jedoch die Ergebnisse im Antrittsblatt des Arbeitsministeriums verdeckt. Für 1916 ist dabei ein beträchtliches Steigen der wirtschaftlichen Kämpfe festzustellen. Während der Kriegsausbruch bis Ende 1914 nur 18 Streiks mit 1000 daran Beteiligten, 1915 98 Streiks mit 9.661 Beteiligten gezeigt, erhöhte sich 1916 die Zahl der Streiks auf 314 mit 41.400 Beteiligten.

Nach Kriegsausbruch ruhte der Kampf auf gewerkschaftlichem Gebiete. 1913 kam es dann doch in der Textilindustrie einschließlich der Bekleidungsindustrie, der chemischen Industrie und

ben Baugewerbe zu kämpfen. 1916 war wiederum die Textilindustrie auf erster Stelle. Ihr folgte die Metallindustrie, das Transportgewerbe und die Lederindustrie.

Die folgende Zusammenstellung gibt einen Überblick über die Streiks der letzten 4 Jahre:

Streiks	Streitende Betriebe	Streiks	Streitende Betriebe	Streiks	Streitende Betriebe
1913	1073	220448	8479	1915	98
1914	872	160566	3654	1916	314
					41409
					988

Das Ergebnis dieser Kämpfe war:

	1914	1915	1916
Erfolg	19,2	28,6	28,2
Teilerfolg	32,3	31,6	36,6
Niederlage	48,5	44,8	40,2

Der Ausgang der Kämpfe zeigt für die Jahre 1915/16 eine ständige Besserung zugunsten der Arbeiter. Die Verhältniszahlen von 1914 geben das Bild der Streiks vor dem Kriege, denn die 18 Streiks nach Kriegsausbruch mit ihren 1000 Streitenden haben das Gesamtbild von 160 000 Streitenden für 1914 natürlich nicht verändert. Bührend nur für 1914 die Streiks mit tollen oder Teilerfolgen 51,5 v. H. ausmachten, war diese Zahl für 1915 schon 55,2 und für 1916 war sie auf 59,8 v. H. gestiegen. Also endete 1916 vor allen Streiks rund 60 v. H. mit vollem oder Teilerfolg.

Für die Metallindustrie haben wir die Zahlen besonders herausgezogen. In ihren Ergebnissen zeigen hier die Kämpfe dasselbe Bild wie oben. Die folgende Zusammenstellung gibt die amtlichen Zahlen über die Streiks in der Metallindustrie in den letzten 3 Jahren:

Streiks	Streitende Betriebe	Streiks	Streitende Betriebe	Streiks	Streitende Betriebe
1914: 73	16009	1915: 1	18	1916: 54	10138

Die Zahlen für 1914 geben auch hier das Bild vor dem Kriege, denn nach Kriegsausbruch brach 1914 in der Metallindustrie nur noch ein kleiner Streik aus.

Die Erhöhung der Streiks und Streitenden für 1916 ist in der Metallindustrie in der Hauptsoziale auf die Arbeiterinnenstreiks in der Munitionsindustrie zurückzuführen, bei denen schlechte Entlohnung fast ausschließlich die Streitursache war. Den französischen Metallarbeiter ist ja seit der zweiten Hälfte des Jahres 1915 durch das Munitionsgesetz, das die Zwangslässigkeit für Kriegsbedarf brachte, das Streifrecht genommen.

Als Ursache kommen für 1916 bei allen Streiks in über 77 von 100 Fällen Lohnforderungen in Betracht. Von 41 000 Streitenden forderten 37 300 höhere Löhne. Das ist daselbe Verhältnis wie 1915 und ein Zeichen für die in Frankreich sich immer mehr fühlbar machende Versteuerung der Lebensmittel.

Für die ersten 4 Monate 1917 liegen ebenfalls die Zahlen vor. Noch waren es von Januar bis Ende April 78 Streiks mit 22 794 Beteiligten. Das sind um über 14 500 Streitende mehr als in den Vergleichsmonaten des Jahres 1916. Von den 78 Streiks betrafen 56 wiederum ausschließlich Forderungen auf Lohnverhältnisse. Die Metallindustrie ist in diesen Monaten mit 20 Streiks beteiligt.

Allgem. Kranken- und Sterbelasse der Metallarbeiter (B. a. G. Hamburg)

Einnahmen und Ausgaben der Hauptkasse für die Monate Juni und Juli 1917.

Einnahmen:

Von Alsfeld 100 M. Aimen 225. Auerbach 70. Berlin XI 150. Berlin XII 200. Berlin XIII 500. Bitterfeld 50. Bruchhausen 400. Brüderholz 150. Cöln-Kast 200. Cöln-Sülz 1. Cöln-Hafen 50. Dahlberg 150. Darmstadt 120. Delbrück 200. Dinslaken 300. Düsseldorf-Glingenberg 400. Düsseldorf-Münzenbrück 200. Düsseldorf-Oberbilk 100. Düsseldorf-Oberfeld 100. Düsseldorf-Rath 500,40. Duisburg-Umr. 600. Duisburg-Wedderich 1. 500. Duisburg-Zoll 200. Duisburg-Bornheim 150. Duisach 400. Dortmund II 100. Ehring 400. Eschweiler II 50. Esen III 350. Esingen 300. Eisenberg (Sachsen-Altenburg) 2. Eschweiler 20. Eschweiler 600. Eschweilerwald 300. Friedrichsort 150. Eschweiler 80. Frankfurt am Main 50. Eschweilerwald 400. Eschweiler 360. Großes 100. Eschweiler 100. Eschweiler 150. Eschweiler 200. Eschweiler 250. Eschweiler 300. Eschweiler 350. Eschweiler 400. Eschweiler 450. Eschweiler 500. Eschweiler 550. Eschweiler 600. Eschweiler 650. Eschweiler 700. Eschweiler 750. Eschweiler 800. Eschweiler 850. Eschweiler 900. Eschweiler 950. Eschweiler 100. Eschweiler 105. Eschweiler 110. Eschweiler 115. Eschweiler 120. Eschweiler 125. Eschweiler 130. Eschweiler 135. Eschweiler 140. Eschweiler 145. Eschweiler 150. Eschweiler 155. Eschweiler 160. Eschweiler 165. Eschweiler 170. Eschweiler 175. Eschweiler 180. Eschweiler 185. Eschweiler 190. Eschweiler 195. Eschweiler 200. Eschweiler 205. Eschweiler 210. Eschweiler 215. Eschweiler 220. Eschweiler 225. Eschweiler 230. Eschweiler 235. Eschweiler 240. Eschweiler 245. Eschweiler 250. Eschweiler 255. Eschweiler 260. Eschweiler 265. Eschweiler 270. Eschweiler 275. Eschweiler 280. Eschweiler 285. Eschweiler 290. Eschweiler 295. Eschweiler 300. Eschweiler 305. Eschweiler 310. Eschweiler 315. Eschweiler 320. Eschweiler 325. Eschweiler 330. Eschweiler 335. Eschweiler 340. Eschweiler 345. Eschweiler 350. Eschweiler 355. Eschweiler 360. Eschweiler 365. Eschweiler 370. Eschweiler 375. Eschweiler 380. Eschweiler 385. Eschweiler 390. Eschweiler 395. Eschweiler 400. Eschweiler 405. Eschweiler 410. Eschweiler 415. Eschweiler 420. Eschweiler 425. Eschweiler 430. Eschweiler 435. Eschweiler 440. Eschweiler 445. Eschweiler 450. Eschweiler 455. Eschweiler 460. Eschweiler 465. Eschweiler 470. Eschweiler 475. Eschweiler 480. Eschweiler 485. Eschweiler 490. Eschweiler 495. Eschweiler 500. Eschweiler 505. Eschweiler 510. Eschweiler 515. Eschweiler 520. Eschweiler 525. Eschweiler 530. Eschweiler 535. Eschweiler 540. Eschweiler 545. Eschweiler 550. Eschweiler 555. Eschweiler 560. Eschweiler 565. Eschweiler 570. Eschweiler 575. Eschweiler 580. Eschweiler 585. Eschweiler 590. Eschweiler 595. Eschweiler 600. Eschweiler 605. Eschweiler 610. Eschweiler 615. Eschweiler 620. Eschweiler 625. Eschweiler 630. Eschweiler 635. Eschweiler 640. Eschweiler 645. Eschweiler 650. Eschweiler 655. Eschweiler 660. Eschweiler 665. Eschweiler 670. Eschweiler 675. Eschweiler 680. Eschweiler 685. Eschweiler 690. Eschweiler 695. Eschweiler 700. Eschweiler 705. Eschweiler 710. Eschweiler 715. Eschweiler 720. Eschweiler 725. Eschweiler 730. Eschweiler 735. Eschweiler 740. Eschweiler 745. Eschweiler 750. Eschweiler 755. Eschweiler 760. Eschweiler 765. Eschweiler 770. Eschweiler 775. Eschweiler 780. Eschweiler 785. Eschweiler 790. Eschweiler 795. Eschweiler 800. Eschweiler 805. Eschweiler 810. Eschweiler 815. Eschweiler 820. Eschweiler 825. Eschweiler 830. Eschweiler 835. Eschweiler 840. Eschweiler 845. Eschweiler 850. Eschweiler 855. Eschweiler 860. Eschweiler 865. Eschweiler 870. Eschweiler 875. Eschweiler 880. Eschweiler 885. Eschweiler 890. Eschweiler 895. Eschweiler 900. Eschweiler 905. Eschweiler 910. Eschweiler 915. Eschweiler 920. Eschweiler 925. Eschweiler 930. Eschweiler 935. Eschweiler 940. Eschweiler 945. Eschweiler 950. Eschweiler 955. Eschweiler 960. Eschweiler 965. Eschweiler 970. Eschweiler 975. Eschweiler 980. Eschweiler 985. Eschweiler 990. Eschweiler 995. Eschweiler 1000. Eschweiler 1005. Eschweiler 1010. Eschweiler 1015. Eschweiler 1020. Eschweiler 1025. Eschweiler 1030. Eschweiler 1035. Eschweiler 1040. Eschweiler 1045. Eschweiler 1050. Eschweiler 1055. Eschweiler 1060. Eschweiler 1065. Eschweiler 1070. Eschweiler 1075. Eschweiler 1080. Eschweiler 1085. Eschweiler 1090. Eschweiler 1095. Eschweiler 1100. Eschweiler 1105. Eschweiler 1110. Eschweiler 1115. Eschweiler 1120. Eschweiler 1125. Eschweiler 1130. Eschweiler 1135. Eschweiler 1140. Eschweiler 1145. Eschweiler 1150. Eschweiler 1155. Eschweiler 1160. Eschweiler 1165. Eschweiler 1170. Eschweiler 1175. Eschweiler 1180. Eschweiler 1185. Eschweiler 1190. Eschweiler 1195. Eschweiler 1200. Eschweiler 1205. Eschweiler 1210. Eschweiler 1215. Eschweiler 1220. Eschweiler 1225. Eschweiler 1230. Eschweiler 1235. Eschweiler 1240. Eschweiler 1245. Eschweiler 1250. Eschweiler 1255. Eschweiler 1260. Eschweiler 1265. Eschweiler 1270. Eschweiler 1275. Eschweiler 1280. Eschweiler 1285. Eschweiler 1290. Eschweiler 1295. Eschweiler 1300. Eschweiler 1305. Eschweiler 1310. Eschweiler 1315. Eschweiler 1320. Eschweiler 1325. Eschweiler 1330. Eschweiler 1335. Eschweiler 1340. Eschweiler 1345. Eschweiler 1350. Eschweiler 1355. Eschweiler 1360. Eschweiler 1365. Eschweiler 1370. Eschweiler 1375. Eschweiler 1380. Eschweiler 1385. Eschweiler 1390. Eschweiler 1395. Eschweiler 1400. Eschweiler 1405. Eschweiler 1410. Eschweiler 1415. Eschweiler 1420. Eschweiler 1425. Eschweiler 1430. Eschweiler 1435. Eschweiler 1440. Eschweiler 1445. Eschweiler 1450. Eschweiler 1455. Eschweiler 1460. Eschweiler 1465. Eschweiler 1470. Eschweiler 1475. Eschweiler 1480. Eschweiler 1485. Eschweiler 1490. Eschweiler 1495. Eschweiler 1500. Eschweiler 1505. Eschweiler 1510. Eschweiler 1515. Eschweiler 1520. Eschweiler 1525. Eschweiler 1530. Eschweiler 1535. Eschweiler 1540. Eschweiler 1545. Eschweiler 1550. Eschweiler 1555. Eschweiler 1560. Eschweiler 1565. Eschweiler 1570. Eschweiler 1575. Eschweiler 1580. Eschweiler 1585. Eschweiler 1590. Eschweiler 1595. Eschweiler 1600. Eschweiler 1605. Eschweiler 1610. Eschweiler 1615. Eschweiler 1620. Eschweiler 1625. Eschweiler 1630. Eschweiler 1635. Eschweiler 1640. Eschweiler 1645. Eschweiler 1650. Eschweiler 1655. Eschweiler 1660. Eschweiler 1665. Eschweiler 1670. Eschweiler 1675. Eschweiler 1680. Eschweiler 1685. Eschweiler 1690. Eschweiler 1695. Eschweiler 1700. Eschweiler 1705. Eschweiler 1710. Eschweiler 1715. Eschweiler 1720. Eschweiler 1725. Eschweiler 1730. Eschweiler 1735. Eschweiler 1740. Eschweiler 1745. Eschweiler 1750. Eschweiler 1755. Eschweiler 1760. Eschweiler 1765. Eschweiler 1770. Eschweiler 1775. Eschweiler 1780. Eschweiler 1785. Eschweiler 1790. Eschweiler 1795. Eschweiler 1800. Eschweiler 1805. Eschweiler 1810. Eschweiler 1815. Eschweiler 1820. Eschweiler 1825. Eschweiler 1830. Eschweiler 1835. Eschweiler 1840. Eschweiler 1845. Eschweiler 1850. Eschweiler 1855. Eschweiler 1860. Eschweiler 1865. Eschweiler 1870. Eschweiler 1875. Eschweiler 1880. Eschweiler 1885. Eschweiler 1890. Eschweiler 1895. Eschweiler 1900. Eschweiler 1905. Eschweiler 1910. Eschweiler 1915. Eschweiler 1920. Eschweiler 1925. Eschweiler 1930. Eschweiler 1935. Eschweiler 1940. Eschweiler 1945. Eschweiler 1950. Eschweiler 1955. Eschweiler 1960. Eschweiler 1965. Eschweiler 1970. Eschweiler 1975. Eschweiler 1980. Eschweiler 1985. Eschweiler 1990. Eschweiler 1995. Eschweiler 2000. Eschweiler 2005. Eschweiler 2010. Eschweiler 2015. Eschweiler 2020. Eschweiler 2025. Eschweiler 2030. Eschweiler 2035. Eschweiler 2040. Eschweiler 2045. Eschweiler 2050. Eschweiler 2055. Eschweiler 2060. Eschweiler 2065. Eschweiler 2070. Eschweiler 2075. Eschweiler 2080. Eschweiler 2085. Eschweiler 2090. Eschweiler 2095. Eschweiler 2100. Eschweiler 2105. Eschweiler 2110. Eschweiler 2115. Eschweiler 2120. Eschweiler 2125. Eschweiler 2130. Eschweiler 2135. Eschweiler 2140. Eschweiler 2145. Eschweiler 2150. Eschweiler 2155. Eschweiler 2160. Eschweiler 2165. Eschweiler 2170. Eschweiler 2175. Eschweiler 2180. Eschweiler 2185. Eschweiler 2190. Eschweiler 2195. Eschweiler 2200. Eschweiler 2205. Eschweiler 2210. Eschweiler 2215. Eschweiler 2220. Eschweiler 2225. Eschweiler 2230. Eschweiler 2235. Eschweiler 2240. Eschweiler 2245. Eschweiler 2250. Eschweiler 2255. Eschweiler 2260. Eschweiler 2265. Eschweiler 2270. Eschweiler 2275. Eschweiler 2280. Eschweiler 2285. Eschweiler 2290. Eschweiler 2295. Eschweiler 2300. Eschweiler 2305. Eschweiler 2310. Eschweiler 2315. Eschweiler 2320. Eschweiler 2325. Eschweiler 2330. Eschweiler 2335. Eschweiler 2340. Eschweiler 2345. Eschweiler 2350. Eschweiler 2355. Eschweiler 2360. Eschweiler 2365. Eschweiler 2370. Eschweiler 2375. Eschweiler 2380. Eschweiler 2385. Eschweiler 2390. Eschweiler 2395. Eschweiler 2400. Eschweiler 2405. Eschweiler 2410. Eschweiler 2415. Eschweiler 2420. Eschweiler 2425. Eschweiler 2430. Eschweiler 2435. Eschweiler 2440. Eschweiler 2445. Eschweiler 2450. Eschweiler 2455. Eschweiler 2460. Eschweiler 2465. Eschweiler 2470. Eschweiler 2475. Eschweiler 2480. Eschweiler 2485. Eschweiler 2490. Eschweiler 2495. Eschweiler 2500. Eschweiler 2505. Eschweiler 2510. Eschweiler 2515. Eschweiler 2520. Eschweiler 2525. Eschweiler 2530. Eschweiler 2535. Eschweiler 2540. Eschweiler 2545. Eschweiler 2550. Eschweiler 2555. Eschweiler 2560. Eschweiler 2565. Eschweiler 2570. Eschweiler 2575. Eschweiler 2580. Eschweiler 2585. Eschweiler 2590. Eschweiler 2595. Eschweiler 2600. Eschweiler 2605. Eschweiler 2610. Eschweiler 2615. Eschweiler 2620. Eschweiler 2625. Eschweiler 2630. Eschweiler 2635. Eschweiler 2640. Eschweiler 2